

**Freie  
Demokraten**

Ortsverband  
Maintal **FDP**

# **Was in Maintal wirklich zählt**

**Wahlprogramm der FDP Maintal  
zur Kommunalwahl am 14. März 2021  
für die Wahlperiode 2021 – 2026**

Beschlossen am 19.09.2020

## Inhaltsverzeichnis

1.	Jedem Kind eine Chance durch frühkindliche Bildung	3
2.	Vereins- und Jugendarbeit als Ankerpunkte der bürgerlichen Gesellschaft	4
3.	Mobilität der Zukunft erleichtern	5
4.	Solide Finanzen aus Verantwortung für die Zukunft	7
5.	Der Wirtschaft ein attraktives Umfeld bieten	8
6.	Verantwortung für die Zukunft durch Natur-, Umwelt- und Klimaschutz	9
7.	Zukunftsorientierte Stadtentwicklung für die Bürger	12
8.	Integration zum Wohle der Stadt gestalten	14
9.	Die Vielfalt der Kultur als Lebensqualität begreifen	15
10.	Sozialpolitik vor Ort stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt	17
11.	Leben im Alter selbstbestimmt und würdevoll ermöglichen	17
12.	Sicherheit und Ordnung als Basis für ein freies Leben stärken	19
13.	Städtische Infrastruktur mit Augenmaß entwickeln	20
14.	Die städtischen Strukturen auf künftige Anforderungen ausrichten	21
15.	Die Bürger in die Entscheidungsfindung einbeziehen	23
16.	Maintals Rolle in der Region stärken	24

## 1. Jedem Kind eine Chance durch frühkindliche Bildung

Kinder sind unsere Zukunft, aber sollen vor allem ihre eigene Zukunft haben. Gerade deshalb ist es notwendig, ihnen von Anfang an die richtige Unterstützung, Förderung und Erziehung zukommen zu lassen. In erster Linie liegt diese Aufgabe bei den Eltern, die dabei einerseits in gestiegenem Umfang auf die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen in Maintal zurückgreifen oder aber – aus welchen Gründen auch immer – auf diese angewiesen sind oder wären. Wir wollen, dass jedes Kind in unserer Gesellschaft die Chance hat, sich zu selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Erwachsenen zu entwickeln. Aus diesem Grund richten wir unser besonderes Augenmerk auf die Arbeit in diesen Einrichtungen. Wir setzen uns dafür ein, dass Kinder nicht nur betreut, sondern dass jedes Kind frühestmöglich entsprechend seinen individuellen Bedürfnissen, Begabungen und Fähigkeiten begleitet, gefördert und unterstützt wird.

Maintal gehört zu den Vorreitern bei der frühkindlichen Kinderbetreuung und jetzt in Gestalt des Familienzentrums Ludwig-Uhland-Straße auch zu qualitativen Preisträgern. Diese Tradition wollen wir mit einem ausgewogenen Mix aus städtischen und privaten Kindertageseinrichtungen und einem guten Angebot an Tagesmüttern und -vätern erhalten und weiterentwickeln. Der Dreiklang der Aufgaben Bildung, Erziehung und Betreuung ist in den Kindertagesstätten durch gut ausgebildetes Fachpersonal zu gewährleisten.

### Die Ziele der FDP Maintal für die kommende Wahlperiode:

- Für die städtischen Kitas und die Einrichtungen der freien Träger wollen wir Krisenpläne entwickeln, die künftig größere oder längere Schließungen der Einrichtungen für die Eltern beherrschbar machen.
- Nur wegen Lohnsteigerungen bei den Beschäftigten im Sozialbereich werden wir keine Erhöhung der städtischen KiTa-Gebühren akzeptieren und die Zuschüsse für freie Träger entsprechend angleichen.
- Das bewährte Modell der Jahresarbeitszeitermittlung in den städtischen Kindertagesstätten soll auch künftig dazu beitragen, eine ausreichende Versorgung mit Erziehern zu sichern.
- Wir wollen die Betreuungszeiten in den Kitas und Horten so auszuweiten, dass es berufstätigen Eltern ermöglicht wird, Erwerbstätigkeit und Erziehung weitgehend spannungsfrei zu vereinen. Dazu gehört auch die Möglichkeit von Notfall- und Übernachtbetreuungsangeboten.
- Wir streben an, in Kooperation mit Maintaler Unternehmen Betriebskindergärten einzurichten.
- Wir setzen uns für den Erhalt eines breit gefächerten Angebots verschiedener Träger und für hinreichende Gestaltungsspielräume derselben ein.
- Kinder müssen optimal auf das erste Schuljahr vorbereitet werden, um ihnen den Einstieg zu erleichtern. Deshalb muss die Stadt Voraussetzungen schaffen, dass sich sowohl die pädagogischen Fachkräfte der Tagesstätte als auch die Lehrkräfte der Grundschulen miteinander abstimmen können.
- Die Einrichtungen der Stadt sollen sich dem unmittelbaren Umfeld als Bildungs- und Begegnungsort öffnen und so Anlaufpunkt für die Familien vor Ort werden.
- Eltern sollen darüber entscheiden können, welche Kindertagesstätte - ob wohnortnah oder in der Nähe zum Arbeitsplatz – ihr Kind besucht. Aus diesem Grund wollen wir einen angemessenen Kostenausgleich zwischen

Wohngemeinde und Standortgemeinde seitens der Stadt Maintal ermöglichen.

- Auch für Grundschul Kinder muss eine Ganztagsbetreuung in Maintal sichergestellt werden. Die Voraussetzungen sind von den Schulträgern zu schaffen. Die Stadt muss hierzu ihren Beitrag leisten.
- Wir unterstützen integrative Konzepte in Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen sowie Freizeit- und Bildungseinrichtungen in der Stadt.
- Wir wollen in den bestehenden und in den geplanten neuen Wohngebieten ausreichende Betreuungsplätze in der frühkindlichen Bildung schaffen. Dazu werden wir auch neue Kindertagesstätten errichten, wo dies erforderlich wird.
- Wir setzen uns dafür ein, dass alle Kinder ab dem dritten Lebensjahr in eine Maintaler Kindertagesstätte gehen können und – sofern erforderlich – eine angemessene Sprachförderung erhalten. Hierzu wollen wir die verfügbaren Landesmittel vollständig ausschöpfen und gemeinsam mit der Jugendhilfe auf die Eltern einwirken, dass sie die staatlichen Angebote annehmen.

## 2. Vereins- und Jugendarbeit als Ankerpunkte der bürgerlichen Gesellschaft

Vereine sind ein besonders wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in unserer Stadt. Freie und öffentliche Kultureinrichtungen wie auch Vereinigungen und Gruppen, in denen Bürger und Bürgerinnen in ihrer Freizeit als Ehrenamtliche tätig sind, übernehmen Verantwortung für das Gemeinwohl. Dies muss anerkannt werden. Dazu bedarf es besserer Förderung und Unterstützung durch die Stadt. Vor allem aber müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, unter denen sie sich möglichst frei und unabhängig weiterentwickeln können.

### Die Ziele der FDP Maintal für die kommende Wahlperiode:

- Innerhalb Maintals ist die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Vereinen weiter auszubauen und miteinander zu verzahnen.
- Die Sportanlagen der Schulen sollen auch von Vereinen und anderen Sport treibenden Initiativen genutzt werden können. Hierzu sind Vereinbarungen mit dem Kreis zu treffen.
- Die Fußballvereine gehören traditionell zu den größten Sportvereinen in Maintal. Die Stadt stellt ihnen auch zukünftig eine moderne Infrastruktur mit Rasen- oder Kunstrasenplätzen zur Verfügung.
- Die Vereine mit eigenen Hallen stehen vor besonderen Herausforderungen beim Erhalt ihrer Infrastruktur. Deshalb soll ihnen eine höhere finanzielle Unterstützung zukommen, soweit auch die Mitglieder sich einbringen.
- Die FDP setzt sich für den Erhalt des Schießstandes in der Maintalhalle als örtlichen Standort für die Schützenvereine ein.
- Einen Verlust von Vereinsräumen bei einem Neubau des Bürgerhauses Bischofsheim darf es nicht geben.
- Veranstaltungen und Feste der Vereine im öffentlichen Raum, so auch die Weihnachtsmärkte in den Stadtteilen, sind ein wesentlicher Bestandteil des örtlichen Zusammenlebens. Die Stadt kann hier durch den Verzicht auf Genehmigungs- und Standgebühren einen Förderbeitrag leisten.

- Wir stehen zum Maintalbad und wollen dieses langfristig in kommunalen Händen halten. Bei der Entwicklung des Schwimmbades wollen wir die Vorstellungen der Projektgruppe Maintalbad aus dem Stadtleitbild berücksichtigen.
- Für die Jugendlichen in Maintal wollen wir ein passendes Angebot mit besonderen Treffpunkten bereithalten. Hierzu gehören neben den Jugendzentren auch Plätze für Freizeitaktivitäten im öffentlichen Raum.
- Wir befürworten auch interkommunale Zusammenarbeiten im Vereinswesen und bei Veranstaltungen.

### 3. Mobilität der Zukunft erleichtern

Wir möchten, dass alle Maintalerinnen und Maintaler grundsätzlich jederzeit dorthin kommen können, wo sie hinmöchten. Es liegt an ihnen und nicht der Stadt zu entscheiden, wie und mit welchem Verkehrsmittel das passieren soll. Die Stadt muss dafür aber die Voraussetzungen schaffen, damit diese Wahl möglich wird.

Für uns Freie Demokraten basiert Mobilität daher auf vier gleichberechtigten Säulen, die nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen: ÖPNV, Auto- und anderer motorisierter Individualverkehr, Fußgängerverkehr und Radverkehr.

Verkehrsprobleme entstehen in Maintal vor allem im Berufsverkehr und treten zusätzlich im ruhenden Verkehr auf. Verstärkt werden diese, indem die Stadt durch ideologisch getriebene Maßnahmen gezielt Hindernisse in den Verkehrsfluss einbaut oder Parkraum beseitigt. Dies führt zu Frustration bei vielen Verkehrsteilnehmern und zu einer immer geringeren Akzeptanz von Regeln.

Durchgangsverkehr in Maintal ist möglichst zu vermeiden, daher sind besonders leistungsstarke Ortsumgehungen wichtig, die ein Durchfahren der Stadt bereits im Vorhinein nicht notwendig erscheinen lassen.

Viele Menschen wollen möglichst CO<sub>2</sub>-neutral unterwegs sein. Das begrüßen wir und wollen versuchen, es möglichst gut zu unterstützen. Ein besonderer Baustein ist dabei die Mobilität mit dem Fahrrad. Hier gilt es, bestehende Radwege möglichst gut auszubauen und zu vernetzen sowie vor allem für Pendlerinnen und Pendler attraktiv zu gestalten. Wir unterstützen auch den möglichst schnellen Ausbau des Schnellradweges nach Frankfurt und Hanau.

Auch der ÖPNV ist ein klimafreundliches Verkehrsmittel, die Stadt betreibt mit der SVM eine eigene Busflotte. Seine Probleme hat der ÖPNV in Maintal vor allem morgens und abends. Zum einen sind die Busse, außerhalb der Zeiten von Corona, durch den Berufsverkehr morgens voll, was sich aus gleichem Grund nachmittags und am frühen Abend wiederholt, zum anderen kommt man zu späterer Stunde gar nicht mehr nach Maintal. Hier wollen wir ansetzen: Ersterer Punkt kann mit den von uns maßgeblich mitgeplanten neuen Expressbuslinien angegangen werden, die genau in den Stoßzeiten fahren, letzterer zum Beispiel über die Einrichtung eines Nachtbusses oder über Anrufsammeltaxis. Es ist grundsätzlich auf eine möglichst gute Verzahnung zwischen Bus und Bahn zu achten. Besonders wichtig ist, dass ÖPNV-Verbindungen zeitlich ähnlich attraktiv sind, wie der Autoverkehr. Dies kann aus unserer Sicht nur erreicht werden, in dem man den ÖPNV besser macht, nicht den MIV künstlich verlangsamt.

Der Ausbau des Riederwaldtunnels und der Nordmainischen S-Bahn muss beschleunigt werden. Die Stadt Maintal soll auf alle beteiligten dahingehend einwirken.

Fußgänger sollen in Maintal sicher ihre Ziele erreichen, sie zu schützen und ihnen auch in der nahen Natur attraktive Wege anzubieten, sollte für Stadt eine weitere Priorität sein.

Elektromobilität wird ein Baustein der Zukunft sein. Sie kann aber nicht als einzige mögliche Antriebsart angesehen werden – vielmehr ist sie neben Wasserstoff und Power-to-Liquid als ein Strang zu sehen, der Vor- aber auch Nachteile hat. Trotzdem soll Elektromobilität in Maintal dort gefördert werden, wo sie Sinn hat. In anderen Bereichen, zum Beispiel bei der Feuerwehr, soll auch weiterhin auf konventionelle Verbrennungsmotoren gesetzt werden.

Park-and-Ride Parkplätze bieten eine gute Verzahnung zwischen öffentlichem und privaten Verkehr, sie sind daher unbedingt kostenlos zu erhalten.

Insgesamt ist bei neuer Bebauung darauf zu achten, dass ausreichende Parkräume geschaffen werden, Wohnraumknappheit ist nicht gegen die Interessen vorhandener Anwohner auszuspielen.

#### Die Ziele der FDP Maintal für die kommende Wahlperiode:

- Bei der Neugestaltung von Straßen im Rahmen von Sanierungen und Neubauten wollen wir darauf achten, dass die verschiedenen Verkehrsformen vom Fußgänger über den Fahrradfahrer, den Bussen bis hin zu den PKWs gleichberechtigt den Verkehrsraum nutzen können.
- Unsere Stadtteile müssen weiterhin mit dem PKW erreichbar bleiben. Dabei muss der Verkehr gleichmäßiger fließen können, der stadtauswärts abfließende Verkehr muss Vorrang bekommen.
- Große Mobilitätsstationen an den beiden Maintaler Bahnhöfen ermöglichen einen schnellen Wechsel zwischen dem Schienenverkehr, den städtischen Bussen, Mieträdern/eBikes, Miet-KFZ, und den Individual-PKW. Dies ist bei der Planung dieser Areale zu berücksichtigen, auch durch die Schaffung ausreichender Kapazitäten für P&R-Stellplätze. Dabei sind auch die Anforderungen an CO<sub>2</sub>-arme Fahrzeuge zu berücksichtigen, beispielsweise in Form von E-Ladestationen oder Wasserstoff-Tankstellen.
- Wo möglich, wollen wir mittels Kreisverkehren komplizierte Ampellösungen im Stadtgebiet ablösen.
- Neubaugebiete müssen gut an das bestehende Straßen- und Busnetz angeschlossen werden, um Verkehrsstauungen zu vermeiden und die Nutzung des ÖPNV zu fördern.
- Die Fähre zwischen Rumpenheim und Bischofsheim hat eine wichtige Aufgabe im kleinen Verkehr über den Main. Nachdem keine realistische Aussicht mehr besteht, die Mühlheimer Fähre zu revitalisieren, begleiten wir die Prüfung einer Mainbrücke. Diese darf aber nur an der Stadtgrenze errichtet werden, es muss sichergestellt sein, dass damit kein weiterer Verkehr in die Stadt angezogen wird. Sie muss für verschiedene Verkehrsarten zugänglich sein.
- Wir unterstützen den zügigen Bau der Nordmainischen S-Bahn und des Riederwald-Tunnels als Teil der überörtlichen Anbindung der Stadt und als notwendige Voraussetzung, um das weitere Wachstum der Stadt bewältigen zu können.

- Mit dem Schnellradweg von Hanau nach Frankfurt kann ein zusätzliches attraktives Angebot für Pendler geschaffen werden, welches den Umstieg vom Individual-PKW erleichtert. Die Realisierung dieser Maßnahme ist zügig voranzutreiben.
- Das Busnetz in Maintal muss durch eine geschickte Kombination von innerörtlichen Kurzstreckennetze und zwischen- und überörtlichen Schnellverbindungen bei den Fahrtzeiten konkurrenzfähig zum Individualverkehr werden. Ebenso müssen die Andienzeiten in den Tagesrand- und Wochenendzeiten ausgedehnt werden. Die Busfahrpläne sind für die Bürger und Bürgerinnen attraktiv zu gestalten und sollen einen Umstieg vom Individualverkehr fördern.
- Wir wollen die Erreichbarkeit des Maintalbades in der Freibadsaison durch Pendelbusse aus den Stadtteilen verbessern.
- Öffentliche Parkräume müssen so gestaltet sein, dass eine zweckfremde Dauernutzung (z.B. durch Fremd- und Urlaubsparker) vermieden wird. In den Gewerbegebieten wollen wir dafür ausreichend LKW-Parkflächen schaffen.
- Wir fordern, die Instandhaltung und den Ausbau von Fahrradwegen im Rahmen eines sinnvollen Radverkehrskonzepts innerhalb und außerhalb der Stadt zu intensivieren. Hierbei gilt es, die Sicherheit der Radfahrer zu gewährleisten, einschließlich der Prüfung von Ampelschaltungen, die auch auf Radfahrer Rücksicht nehmen.

#### 4. Solide Finanzen aus Verantwortung für die Zukunft

Eine Finanzpolitik, die rechnen kann, achtet auf Einnahmen und Ausgaben. Was für jeden Bürger und jede Bürgerin selbstverständlich ist, muss auch für Staat und Politik gelten: Nicht mehr Geld ausgeben als man hat. In den vergangenen Jahren vor der Pandemie ist eine Sorglosigkeit bei den städtischen Finanzen in Maintal eingetreten, die sich als Bürde für die kommenden Jahre erweisen kann. Stellenmehrungen in der Verwaltung, massive gleichzeitig umzusetzende Investitionsprojekte und eine dramatische Erhöhung der geplanten Schulden werden den Handlungsspielraum der Stadt dauerhaft einschnüren.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie schnell das gesellschaftliche Leben erschüttert werden kann. Durch die Wirtschaftskrise und den massiven Ausfall von Steuern und Einnahmen der Stadt hat sich diese Lage schlagartig dramatisch verschlimmert. Gleichzeitig sind die Kosten zur Bewältigung der Pandemie in die Höhe geschossen. Das bleibt nicht ohne Folgen für die städtischen Finanzen und zeigt, dass Vorsorge das leitende Prinzip der Finanzpolitik sein muss. Deshalb halten die Freien Demokraten an ihrem Kurs der finanziellen Stabilität fest und setzen sich für ausgeglichene Haushalte und eine Begrenzung der Schuldenzunahme ein. Steuererhöhungen zur Finanzierung der Expansion des städtischen Handelns sind für uns kein Lösungsansatz.

Die Steuerausfälle dürfen und können nicht 1:1 durch neue Schulden ausgeglichen werden. Die notwendigen Hilfen und Zuschüsse, die das Land bereitstellt, sind für uns kein Freifahrtsschein, um strukturelle Defizite über die Krise zu retten. Dennoch müssen trotz geringerer Einnahmen wichtige Investitionen, wie zum Beispiel in Kitas, Straßen und Digitalisierung in der Krise fortgesetzt werden. Es wäre das falsche Signal, jetzt auf Investitionen in die Zukunft zu verzichten.

Folglich steht für uns Nachdenken und Kreativität vor dem unreflektierten Ausgeben von Steuergeldern. Die städtische Infrastruktur ist unter besonderer Berücksichtigung von ökologischen Gesichtspunkten zu erhalten und weiter zu entwickeln. Alle Mittel zur Reduzierung von Verwaltungskosten sind auszuschöpfen. Das bedingt auch eine permanente Überprüfung und Fokussierung des Stellenplans und die Nutzung moderner Medien zur Reduzierung von Arbeitsbelastungen. Auch die Ausweitung von Gewerbegebieten sind als Chancen eine Weiterentwicklung zu prüfen und vermehrt zu nutzen. Die städtischen Gesellschaften unter dem Dach der Maintal Beteiligungs-GmbH sind als Gestaltungsinstrument für eine kluge Haushaltspolitik zu berücksichtigen.

#### Die Ziele der FDP Maintal für die kommende Wahlperiode:

- Die Grundsteuer darf nicht erhöht werden, auch nicht im Gesamtvolumen im Zuge ihrer Reform durch den Landesgesetzgeber. Die Gewerbesteuer darf nicht erhöht werden und für die Bürger und Bürgerinnen müssen die Gebühren wie Müllabfuhr, Straßenreinigung, Bestattungen, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in ihrer Kalkulation nachvollziehbar sein.
- Wir sehen in ausgeglichenen Haushalten nicht nur einen gesetzlichen Auftrag, sondern eine politische Selbstverpflichtung der städtischen Gremien, um Selbstbestimmung und Handlungsfähigkeit künftiger Entscheidungsträger zu schützen. Der Stellenplan der Stadt muss – mit Ausnahme des Elementarbereichs – weitgehend eingefroren werden. Wo immer möglich, sind freiwerdende Stellen abzubauen.
- Das städtische Investitionsprogramm ist einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Nicht erforderliche Investitionen sind mindestens zu schieben, besser noch zu streichen. Erhalt geht vor Ersatz. Das gilt ausdrücklich auch für den Neubau des Bürgerhauses Bischofsheim, des Schwimmbades und des Anbaus am Rathaus Hochstadt.
- Der Fokus der Haushalts- und Finanzplanung liegt auf der Ausgabenseite. Wir wollen durch eine kritische Überprüfung der Ausgaben dazu beitragen, einen Ausgleich des Haushaltes zu erreichen. Hier gilt es Prioritäten auf solche Ausgaben zu setzen, die dem Erhalt der städtischen Infrastruktur, der Stärkung der Bildungschancen für unsere Kinder und der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes durch die örtlichen Vereine dienen.
- Investitionen, die durch Förderungen vom Bund oder dem Land unterstützt werden, müssen genauso kritisch auf ihre Folgen und Rentierlichkeit bewertet werden, wie Investitionen, die alleine von der Stadt getragen werden.
- Die Instrumente der städtischen Gesellschaften sollen dazu genutzt werden, die Belastung des städtischen Haushaltes zu reduzieren.

## 5. Der Wirtschaft ein attraktives Umfeld bieten

Eine gesunde Wirtschaft, die den Bürgern ein attraktives Angebot für Konsum, Dienstleistung und Freizeitgestaltung bietet, außerdem Arbeitsplätze schafft und Einkommen ermöglicht, sowie Steuern vor Ort zahlt, ist die Grundlage für eine prosperierende Stadt. Die Überwindung der Wirtschaftskrise, der Fachkräftemangel, die Herausforderungen des Klimaschutzes und der Digitalisierung sowie die Erhaltung der Kaufkraft sind große Aufgaben unserer Zeit. Eine gut funktionierende kommunale Wirtschaftsförderung für Unternehmer und Freiberufler in Maintal ist daher essenziell. Dabei setzen wir vor allem auf einen starken Mittelstand.

Maintal muss und kann die Vorteile seiner Lage in der Rhein-Main-Region nutzen, um emissionsarmes produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsgewerbe anzusiedeln. Die Nähe zu Frankfurt bietet hervorragende Möglichkeiten, Unternehmen zu gewinnen, welche auf die Infrastruktur eines Wirtschaftszentrums angewiesen sind, ohne sich die hohen Kosten der Großstadt leisten zu können. Dabei hat die Bestandssicherung und Entwicklung bereits existierender Unternehmen in Maintal hat Vorrang vor der Ansiedlung neuer Unternehmen.

Die Ziele der FDP Maintal für die kommende Wahlperiode:

- Kernbestandteil der Wirtschaftsförderung ist die Entwicklung eines Standort- und Stadtmarketingkonzeptes, das eng mit der Frage der Imagebildung Maintals verknüpft ist.
- Wir wollen eine Sicherung von klein- und mittelständischen Betrieben durch gleichrangige Förderung, um die marktwirtschaftliche Wettbewerbsstruktur zu erhalten. Die geplanten neuen Gewerbegebiete sollen hier Entwicklungsperspektiven bieten.
- Das Gründerzentrum ist eine Erfolgsgeschichte, die fortgeschrieben und ausgebaut werden soll. Durch eine Zusammenarbeit mit privaten Investoren wollen wir weitere Möglichkeiten für Gründer schaffen, sich in Maintal anzusiedeln. Insbesondere für digitale Start-Ups sollen Räumlichkeiten und Infrastrukturen geschaffen werden, damit moderne Arbeitsplätze in Maintal entstehen und langfristig erhalten bleiben.
- Wir wollen die städtebaulichen und bürokratischen Voraussetzungen dafür schaffen, dass es mehr Arbeitsplätze im ‚near Homeoffice‘ gibt. Dazu sollen Lagerhallen oder Gebäude die leer stehen umgebaut werden, um dort Arbeitsplätze zu
- schaffen. Dadurch soll auch die Notwendigkeit des Pendelns nach Frankfurt für die gemindert werden, die keine hinreichenden Möglichkeiten für das Homeoffice in der eigenen Wohnung haben.
- Der Ausbau der Glasfaserinfrastruktur in Maintal ist konsequent fortzuführen, sowohl in den Gewerbegebieten als auch in den Wohn- und Mischgebieten. Er ist ein wichtiger Faktor, um den zunehmenden Anteilen an Beschäftigten, die im Homeoffice arbeiten, eine gute Infrastruktur zu bieten.
- Gewerbetreibenden sollen Hilfestellung bei Antrags- und behördlichen Zustimmungsverfahren bekommen. Dazu soll die Stadt auch ihre Kontakte und Mitgliedschaften in Verbänden und Organisationen nutzen.
- Wir wollen die Wirtschaftsförderung personell und inhaltlich umstrukturieren, um den Anforderungen der neuen Wirtschaft gerecht zu werden und insbesondere Start-Ups und digitale Unternehmen in Maintal anzusiedeln. Hier ist eine enge Verzahnung mit der Infrastruktur- und Mobilitätsentwicklung zu gewährleisten.

## 6. Verantwortung für die Zukunft durch Natur-, Umwelt- und Klimaschutz

Als Menschen leben wir in, mit und von der Natur. Die Vorstellung, dass Natur überall dort sei, wo der Mensch nicht ist, lehnen wir Freie Demokraten dagegen ab. Menschen lebten und leben in Auseinandersetzung mit der Natur und lernen immer

mehr, dass es gilt, Verantwortung für die natürlichen Lebensgrundlagen zu übernehmen. Seit den Freiburger Thesen und der Gründung des Umweltbundesamtes durch Hans-Dietrich Genscher ist dies für Freie Demokraten selbstverständlich.

Für uns Freie Demokraten als Anwalt der Generationengerechtigkeit ist Klimaschutz eine zentrale Menschheitsaufgabe in diesem Jahrhundert. Deshalb bekennen wir uns ausdrücklich zu den Zielen des Pariser Klimaabkommens von 2015, durch die Reduktion von Treibhausgas-Emissionen und die Schaffung von Senken bis 2050 die Klimaerwärmung unter 2°C zu halten. Wir fordern die Umsetzung des Klimaabkommens auch aus Respekt vor den Erkenntnissen der Wissenschaften und Vertragstreue im internationalen Kontext. Für die Erreichung dieses Ziels setzen wir auf marktwirtschaftliche Maßnahmen und wissen: Das Klima wird nicht in Hessen oder Maintal gerettet. Deshalb unterstützen wir das Europäische Emissionshandelssystem (EHS), seine Beschleunigung und Ausweitung bzw. entsprechende Maßnahmen auf Landesebene, damit die Treibhausgas-Bilanz ein relevanter Preis- und Kostenfaktor wird. Nur so wird Klimaschutz effizient und wirksam.

Das bestehende Klimaschutzkonzept ist kritisch zu überarbeiten und dabei effizient und zielgenau zu gestalten. Besonderes Augenmerk ist dabei auf Berechnung der zukünftig steigenden Kosten von Treibhausgasemissionen zu legen. Jegliche Art von „Klimanotstandsforderung“ ist abzulehnen, da sie nur symbolische Maßnahmen oder Aktionismus ohne Nachhaltigkeitsanspruch bedeuten.“

Das Gleichgewicht im Naturhaushalt wollen wir durch die Planungen und Maßnahmen der Stadt sichern oder wiederherstellen. Zu Maintals Stärken gehört der Naherholungsraum rund um unsere Stadtteile. Diese Stärke wollen wir weiter ausbauen. Besonders die Main-Achse von Dörnigheim bis Bischofsheim wollen wir aufwerten. Die Mainauen sollen als Naherholungsgebiet entwickelt und aufgewertet werden. Außerdem lehnen wir eine Ausweitung der Siedlungsgebiete nach außen ab. Die Grüne Mitte ist als Naturraum zu erhalten und weiter zu entwickeln. Ebenso sind die in Maintal in besonderer Weise prägenden Streuobstwiesen in der Gemarkung unter verstärktem Engagement der Stadt bei der Pflege zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Öffentliche Grünflächen, Bodendenkmäler, Trocken- und Feuchtbiotop, kartierte geschützte Arten in Flora und Fauna und die Vielfalt der Arten sind Teil der Bauleitplanung und haben dort ihren Stellenwert zu nutzen. Dies gilt bei der Durchlässigkeit von Bebauungsplänen für Kleintiere, bei Nistmöglichkeiten für Vögel und bei der Gestaltung des Verhältnisses zwischen versiegelter Fläche und Grünflächen. Hier ist es Aufgabe der Stadt, Vorbild zu sein, und die Bürgerinnen und Bürger zu beraten, damit nicht nur Bienen gerettet werden, sondern die ganze Vielfalt heimischer Tiere und Pflanzen.

Energiepolitisches Ziel der FDP ist Versorgungssicherheit unter Einbeziehung heimischer Ressourcen, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit. Der Anteil regenerativer Energieträger soll bei der MWG im Angebotsportfolio in den nächsten Jahren weiter deutlich erhöht und bei den Kunden beworben werden. Die Herausforderung der nächsten Jahre ist ganz besonders die Speicherung von Energie und die effiziente Verteilung über die Netze. Hier sind Planungen für die Infrastruktur in Maintal vorzunehmen.

Klimapolitisch richtig, ökonomisch sinnvoll und gleichzeitig bürgernah ist es, die dezentrale Energieversorgung zu fördern. Daher wollen wir, dass die Stadt im Rah-

men ihrer Möglichkeiten beim Baurecht, Mietrecht und WEG-Recht und dem Aufbau von Ladestationen für elektrische und synthetische Antriebe die Voraussetzungen dafür schafft, dass sich auch die Bewohner von Mehrfamilienhäusern für den Umstieg auf die Eigenproduktion regenerativer Energieformen entscheiden können. Dazu gehört finanzielle Förderung, der Abbau von Investitionshindernissen und der Ausbau der kommunalen Netzinfrastruktur für Strom, Gas und Glasfaser.

Die Ziele der FDP Maintal für die kommende Wahlperiode:

- Der integrative Naturschutz setzt sich zum Ziel, nicht nur nachsorgend unsere natürliche Umwelt zu schützen, sondern präventiv und in dialogorientierter Zusammenarbeit mit den Bürgern und Bürgerinnen unsere einzigartige Natur- und Kulturlandschaft zu erhalten.
- Wir setzen uns für mehr Grünschneisen, Grünstreifen, Bäume, sowie die Erhaltung bestehender Grünanlagen und Parks im Stadtgebiet ein.
- Baumpflanzungen sind ein wesentlicher Baustein für den lokalen Klimaschutz. Daher werden wir uns für eine Ausweitung unseres Programms „Ein Baum für jeden Bürger“ einsetzen. Ein Bestandteil dessen soll die Möglichkeit einer Baumpatenschaft werden, bei der Bürger und Bürgerinnen Bäume auf öffentlichen Plätzen finanzieren können.
- Den Lärm, der von den Hauptstraßen ausgeht, wollen wir Freie Demokraten mit wirksamen Mitteln zurückdrängen. Die Verwendung von Flüsterasphalt, optischen Schwellen, Schallschutzwänden, Geschwindigkeitsanzeigen und -Kontrollen, sowie die Reduzierung des reinen Durchgangsverkehrs sind hierfür die geeigneten Instrumente.
- Straßenbeläge sollen möglichst hell gestaltet werden, um die zusätzliche Wärmeaufnahme im Sommer zu reduzieren.
- Bei der Energiepolitik sollen alle lokalen Möglichkeiten genutzt werden, um den Ausbau von Fernwärmenetzen, den Bau von Blockheizkraftwerken und von Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu fördern oder in eigener Regie zu realisieren. Hierzu wollen wir die MWG nutzen.
- Wir setzen uns dafür ein, die großen Energieeinsparpotentiale bei der Verbesserung der Energieeffizienz öffentlicher Gebäude und der Modernisierung des öffentlichen Fuhrparks auszuschöpfen. Die Stadt muss die Möglichkeiten effizienter Energieeinsparung, insbesondere bei der Erneuerung der Heizungsanlagen, konsequent nutzen.
- Bei kommunalen Bauprojekten sind neben den Neubau- und Sanierungskosten auch die zukünftigen jeweiligen Energieverbräuche gegenüberzustellen.
- Im Sinne nachhaltiger Haushaltspolitik sind die Auswirkungen von Treibhausgas-Bepreisungen frühzeitig in alle Planungen einzubeziehen. Hierfür ist – ggf. auch zur Beratung der Bürger – geeignete Kompetenz aufzubauen.
- Wir werden uns für den Erhalt der Streuobstwiesenkultur in Maintal einsetzen und mit den Grundstückseigentümern und Pächtern nach Möglichkeiten suchen, wie diese Wiesen generationenübergreifend weiter gepflegt werden können.
- Wir unterstützen die vertikale Bepflanzung an Gebäuden.

## 7. Zukunftsorientierte Stadtentwicklung für die Bürger

Bauen ist mehr als das Errichten von Gebäuden. Es ist auch Ausdrucksweise unserer Kultur und sagt etwas darüber, wie wir leben. Dies zu gestalten, ist Aufgabe der Stadtentwicklung. Sie legt die Grundlagen für das Stadtbild Maintals in den kommenden Jahrzehnten. Stadtentwicklung muss ein prägendes Bild schaffen, mit dem man erkennt, dass man in Maintal ist. Maintal lebt von seinen vier Stadtteilen und deren Charakteristika. Diese wollen wir erhalten und wenden uns daher auch gegen ein bauliches Zusammenwachsen der Ortsteile. Das beschlossene Stadtentwicklungskonzept bietet eine gelungene Grundlage für die Entwicklung der Stadt. In den kommenden Jahren gilt es, dieses Konzept schrittweise in die Realität umzusetzen.

Bauen ist auch eine emotionale und ästhetische Frage. Deshalb wollen wir die Baukultur in Maintal fördern und insbesondere auch kreative Bau- und Wohnkonzepte unterstützen. Das soll beispielsweise durch Wettbewerbe für Architekten, Bauingenieure und Stadtplaner geschehen. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei der Stärkung der örtlichen Architektur, weil Maintal nicht überall gleich aussieht und auch nicht aussehen soll. Maintal und seine Stadtteile sollen ihren jeweiligen individuellen Charakter behalten und nicht zu austauschbaren Orten in der Region werden.

Unsere Vision für Maintal ist die einer liebens- und lebenswerten Stadt. Grünflächen, die Streuobstwiesen, die Seen, der Main und die weiteren Bachläufe im Stadtgebiet dienen dabei nicht nur als öffentliche Aufenthalts- oder Begegnungsräume. Sie bereichern die Biodiversität. Sie können auch zusätzliche Kälteinseln für das städtische Mikroklima darstellen und sind für ausreichend Frischluftzufuhr zwingend notwendig. Die Stadtentwicklung muss zunehmend aus Gründen des Klimaschutzes ökologische Gesichtspunkte und Optimierungen berücksichtigen.

Maintal wird auch künftig ein Zuzugsgebiet sein, so dass wir Wohnraum in allen Segmenten von preiswertem Sozialwohnungsbau bis hochwertigem Einfamilienhausbau schaffen müssen. Als Entwicklungsflächen sehen wir aber ausschließlich die Flächen, die im Stadtentwicklungskonzept ausgewiesen sind. Ein weiteres Wachstum in Fläche lehnen wir aus technischen und ökologischen Gründen ab. Wir wenden uns gegen Versuche, durch eine übergreifende Planung des Landes oder des Regionalverbandes, beispielsweise im Rahmen des Frankfurter Bogens, die Planungshoheit der Stadt auszuhebeln. Maintal kann nicht das Überlaufventil für mangelnde Vorausplanung der Frankfurter Politik sein.

Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Einzelhäusern, Reihenhäusern und Geschosswohnungsbau, zwischen Miet- und Eigentumswohnungen, genossenschaftlichen und baugemeinschaftlichen Wohnformen und zukunftsweisenden Modellen ist die Voraussetzung für den Einzelnen, „seine“ Wohnform zu finden. Kaum ein Lebensbereich wurde in den letzten Jahren so stark reguliert wie der Wohnungsbau. Dazu haben auch die Beschlüsse in der Stadt Maintal beigetragen. Die Folgen: Die Kosten steigen und es wird viel zu wenig gebaut. Wir wollen die Wohnungsnot bekämpfen. Mangel kann man aber nicht verwalten. Es muss schlicht mehr Wohnraum her, nicht flächendeckend in der ganzen Stadt, aber dafür konzentriert in den Gebieten, die das Stadtentwicklungskonzept dafür vorsieht.

Der Flächenverbrauch in Maintal muss minimiert werden. Eine ungezügelte innerörtliche Nachverdichtung wird es mit uns nicht geben.

Selbst mit dem besten Maßnahmenkonzept wird sich in der Nach-Corona-Zeit nicht verhindern lassen, dass es zunehmend zu Leerständen in den innenörtlichen Kernen kommt, welche die Attraktivität der Einkaufs- und Erlebnisstraßen nachhaltig beeinträchtigen. Dieser Entwicklung wollen wir mit einem durchdachten Leerstandsmanagement begegnen. So können leere Schaufenster beispielsweise zur Zwischennutzung an Pop-up Galerien vermietet werden. Grundlagen für eine Weiterentwicklung der innerörtlichen Bereiche und der schnellen, direkten und unbürokratischen Kommunikation zwischen Einzelhandel, Gastronomie, Anwohnern und Verwaltung kann auch die Etablierung eines City-Managers sein.

#### Die Ziele der FDP Maintal für die kommende Wahlperiode:

- Alle städtebaulichen Entwicklungen in der Stadt werden wir an den Vorgaben des Stadtentwicklungsplans messen und beurteilen. Insbesondere halten wir an der Vorgabe fest, im Grundsatz keine Bauten mit mehr als vier Vollgeschossen zu genehmigen.
- Das Schließen von Baulücken, Aufstockungen und Hinterliegerbebauungen in den innerörtlichen Kernen halten wir für sinnvoll. Damit soll auch ein Beitrag zur Vermeidung weiterer Flächenversiegelungen geleistet werden.
- Städtebauliche Problembereiche wie das Opeleck in Dörnigheim sind im Rahmen städtebaulicher Konzeptionen zu beseitigen.
- Nur mit weniger Vorschriften und Belastungen machen wir den privaten Wohnungsbau wieder attraktiv. Deshalb lehnen wir Milieuschutzsatzungen, übertriebene örtliche Bauvorschriften und unverhältnismäßige Auflagen in den städtischen Satzungen, wie der Stellplatzsatzung, ab.
- Ein pauschales Verbot für die Nutzung von Wohnraum als Ferienwohnungen lehnen wir als Eingriff ins Eigentum ab.
- Die Entwicklung von Baugebieten im Rahmen von städtebaulichen Verträgen durch private Investoren darf nicht an prohibitiven Auflagen scheitern, die das Bauen unmöglich oder unwirtschaftlich machen.
- Wir halten an dem Beschluss fest, bei neuem Geschosswohnungsbau 30% geförderten Wohnraum zu errichten. Darüber hinaus wollen wir auch weiterhin Belegungsrechte für Sozialwohnungen im Bestand erwerben. Die Veränderungen in der Arbeitswelt durch die Zunahme der Homeoffice-Tätigkeiten auf das Wohnen, die Mobilität und die städtische Infrastruktur wollen wir künftig noch stärker in die Planungen einfließen lassen.
- Wir unterstützen die Bemühungen der MIG, mit der Hilfe von Förderprogrammen preiswerten Wohnraum zu schaffen.
- Wir sehen in der MIG nicht den einzigen Bauherren für neuen Wohnraum. Vielmehr unterstützen wir auch private Investoren und Bauherren für die Eigennutzung bei der Schaffung von Wohnraum in Maintal.
- Zur Entzerrung der Bauaktivitäten wollen wir die Perspektivfläche an der Kesselstädterstraße erst weiterentwickeln, wenn das Areal am Ortseingang (Real-Gelände, Opeleck, Dreieck Kesselstädter Weg) fertig umgebaut wurde.
- Wir unterstützen den Einsatz städtischer Gesellschaften zur Entwicklung von städtischen Baugebieten.
- Die bestehende Stellplatzsatzung als Instrument zur Sicherung von ausreichend Flächen für den ruhenden Verkehr für PKWs wollen wir von satzungsfremden, rein kostensteigernden Vorgaben entrümpeln.

- Fehlentwicklungen beim Handel mit ökologischen Ausgleichsflächen sind zu vermeiden, standortnahe Flächen zu bevorzugen.
- Den Versuch, über Bebauungspläne langjährig bestehende Kleingartensiedlungen zu beseitigen lehnen wir weiterhin ab. Wir wollen uns auf die Beseitigung von baulichen Auswüchsen im Außenbereich konzentrieren.
- Wir wollen die Potentiale einer gesamthaften Entwicklung des Mainufers auf dem Stadtgebiet als regionaler Naherholungsraum prüfen lassen. Wir fordern dazu ein einheitliches Konzept, welches Renaturierung, Aufwertung und Erlebbarkeit des Mainufers widerspruchlos vereint.
- An einem geeigneten Ort, z.B. am Mainufer, wollen wir die Einrichtung eines Spielplatzes mit Wasserspielen für Familien, der zum Verweilen einlädt, prüfen.

## 8. Integration zum Wohle der Stadt gestalten

Seit Jahren fordert die FDP in der Zuwanderungspolitik klarere Regeln für das Kommen, das Bleiben, die Integration und gegebenenfalls auch die Rückkehr. Weltoffenheit und Empathie sind Teil unseres Selbstverständnisses. Zu unseren Zielen gehören Freiheit und Menschenrechte bei uns und weltweit. Bildung, Selbstbestimmung und Eigenverantwortung in einem freiheitlichen und handlungsfähigen Rechtsstaat sind für uns elementare Voraussetzungen, die ein friedliches Zusammenleben ermöglichen.

Maintal ist Wohnort und Heimat für Menschen unterschiedlichster Herkunft und Kultur. Das ist eine Stärke unserer Stadt, auf der wir Freie Demokraten aufbauen wollen. Denn Integration, in manchen Fällen auch Integration auf Zeit, ist eine gemeinsame Leistung von Zuwanderern und aufnehmender Gesellschaft. So wie wir zu jedem Zeitpunkt einfordern können, dass sich Zuwanderer aktiv einbringen, Rechtsregeln einhalten und Kultur respektieren, so unterstützen wir sie im Gegenzug mit Fördermaßnahmen von Anfang an. Auch wenn die Finanzierung solcher Maßnahmen für uns grundsätzlich Sache des Bundes ist, so haben doch vor Ort den besten Überblick, was jeweils gebraucht wird und sinnvoll ist.

Dauerhafte Integration resultiert nicht aus einem bloßen Nebeneinander der Menschen. Erst Zugehörigkeit, Zugehörigkeitsbewusstsein und das Gefühl von Menschen, willkommen zu sein, ermöglichen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Als Freie Demokraten schauen wir nicht darauf, woher jemand kommt, sondern was er hier erreichen möchte und was er dafür mitbringt. Auf diesem Weg sollen die Zuwanderer durch kompetente und erfahrene Ansprechpartner in Behörden, Verbänden, Beratungsstellen und Vereinen unterstützt werden. Ohne die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe, insbesondere durch den Arbeitskreis Asyl, hätte unsere Stadt den Flüchtlingszustrom nicht so gut bewältigen können. Auch jetzt und in den nächsten Jahren sind wir weiterhin auf die ehrenamtliche Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen.

Eine an Integration zum Wohle der Stadt orientierte Politik, muss alle Bürgerinnen und Bürger im Blick haben. Die meisten unterstützen die Integrationspolitik auf indirekte Weise, indem sie ihre Kinder erziehen, in ihren Berufen unsere Stadt und unser Land voranbringen und mit ihren Steuerzahlungen viele Maßnahmen erst ermöglichen. Alteingesessene und schon länger hier lebende Bürgerinnen und Bürger sollen auch mit Fragen und Bedenken gehört werden. Integrationsbedingte

Konflikte sind nicht zu verdrängen, sondern zu bearbeiten. Dabei ist die Gültigkeit des Rechts für alle und an jeder Stelle nicht verhandelbar.

Die Ziele der FDP Maintal für die kommende Wahlperiode:

- Neben der Sprachförderung ist die Ausbildung und Nachqualifizierung von Geflüchteten und Migranten eine vordringliche Aufgabe, die wir in Zusammenarbeit mit der lokalen Wirtschaft verstärkt vorantreiben wollen.
- Um einen ersten wechselseitigen Eindruck zu erhalten, Fähigkeiten zu testen und Arbeitsabläufe zu vermitteln, sind Praktika ein wichtiger erster Schritt in Richtung Arbeitsmarkt. Hier wollen wir als Stadt mit gutem Beispiel vorangehen und in Verwaltung und Betriebshof in größerem Umfang als bisher Praktika anbieten.
- Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, dass der Bund und das Land ihren Verpflichtungen nachkommen, die Kosten für die Betreuung der Geflüchteten durch die Stadt zu übernehmen.
- Kultur und Kunst von Maintalern mit Migrationserfahrung oder Migrationshintergrund muss noch besser in unser Stadtleben eingebunden werden. Der Austausch untereinander, wie z.B. beim Septemberfest, muss ausgebaut werden, um durch gemeinsame Erfahrungen die Gemeinschaft aller Bürger und Bürgerinnen in der Stadt zu stärken.
- Kulturelle Einrichtungen, wie z.B. Kunst- oder Musikschulen, sowie Sportvereine, die sich um eine Integration von Kindern aus bildungsfernen und wirtschaftlich schwachen Familien besonders einsetzen, sollen hierfür von der Stadt in besonderem Maße unterstützt werden.

## 9. Die Vielfalt der Kultur als Lebensqualität begreifen

Kultur und Kunst sind Garanten für die individuelle Lebensqualität. Die Auseinandersetzung damit ist Selbstreflexion und ebenso Reflexion der eigenen Wurzeln und Werte wie der Werte anderer Menschen. So wird Tradition lebendig und wirkt identitätsstiftend – so stehen Kultur und Kunst für die Fremd- und Selbstwahrnehmung der Kommune. Kultur und Kunst bereiten damit den Raum für Toleranz und bürgerschaftliche Gemeinsamkeit, da sie die Begegnung und den Austausch unter und mit anderen Kulturen und anderen Menschen fördern.

Wir brauchen auch in Maintal eine freie und vielseitige Kulturlandschaft, die von öffentlichen, kirchlichen und privaten Institutionen ausgeht und allen offensteht. In Maintal gibt es ein vielfältiges kulturelles Angebot, welches von der Bevölkerung aber nur partiell und vorrangig im Stadtteil angenommen und gewürdigt wird.

Die Ziele der FDP Maintal für die kommende Wahlperiode:

- Wir möchten die bestehende kulturelle Vielfalt aber auch neue Ideen unterstützen. Dabei geht es besonders um die Schaffung einer zeitlich gebündelten Veranstaltung (z. B. Literatur im Gespräch, Maintaler Musikwoche, ...) oder in regelmäßigen Abständen stattfindenden Kulturreihen, in denen sich die einzelnen kulturschaffenden Vereine und Initiativen präsentieren können.
- Das private Engagement für Kunst und Kultur nachhaltig zu fördern. Dieses muss ebenso wie das ehrenamtliche Engagement eine stärkere öffentliche Anerkennung finden. Dazu gehören administrative Erleichterungen.

- Zusammen mit dem ehrenamtlichen Kulturbeauftragten und der Stadtverwaltung wollen wir das bestehende Angebot an kulturellen Veranstaltungen weiter bekannt machen und neue Angebote entwickeln.
- Besonders wichtig sind uns die Veranstaltungen von Jugendlichen und für Jugendliche (z.B. Bühnenstürmer). Diese sollen einen festen Platz im Maintaler Kulturangebot bekommen.
- Für eine Stadt der Größe Maintals ist das Angebot von Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten vor Ort von besonderer Bedeutung. Daher streben wir an, im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit, eine Außenstelle der Volkshochschule in Maintal anzusiedeln. Dabei ist es auch wichtig, dass nicht nur Arbeitgeber, sondern auch private Bildungsanbieter vor Ort in diesem Prozess mit eingebunden werden.
- Die Partnerschaft und Kooperationen von Kindertagesstätten und Schulen mit kulturellen Einrichtungen muss gestärkt werden. Kommunale kulturelle Einrichtungen und Initiativen sind einzubeziehen.
- Denkmale werden am besten erhalten, wenn sie genutzt werden. Sinnvoller Denkmalschutz, bringt daher Nutzung und Schutz in Einklang. Wir wollen dafür sorgen, dass ideologisch motivierte Entscheidungen, beispielsweise durch die Erhaltungssatzungen, den Denkmalschutz nicht aushebeln.
- Wir wollen die Einrichtung eines öffentlich zugänglichen Stadtarchivs prüfen.
- Zukunft braucht Erinnerung - dieser Maxime fühlen wir uns verpflichtet. Aufklärung über die beiden deutschen Diktaturen, welche eine Feindschaft gegen bürgerliche Freiheiten, auch bei Kunst und Kultur, und Rechtsstaat gemeinsam hatten, sind der Kern unseres demokratischen Konsenses. Wir sehen in dem Engagement gegen das Vergessen von Verfolgung und Diktatur eine dauerhafte politische Aufgabe.
- Eine tragende Rolle bei der Erinnerungskultur soll dem Brüder-Schönfeld-Forum zukommen.
- Die Volksbühne und das Kino vor Ort gehören zu den bedeutenden kulturellen Veranstaltungen mit einem großen Publikumszulauf. Die Stadt soll diese Veranstaltungsreihen weiterhin unterstützen und insbesondere sicherstellen, dass bei einer Sanierung des Bürgerhauses Bischofsheim der Betrieb aufrechterhalten werden kann.
- Im Zuge der Errichtung des Dienstleistungszentrums wollen wir dort eine zentrale Bücherei ansiedeln, die über ein digitales Ausleihsystem verfügt und die Rückgabe der ausgeliehenen Medien auch außerhalb der Öffnungszeiten ermöglicht.
- Der Karneval in Maintal gehört zu den wichtigsten Traditionsveranstaltungen. Er bringt die Bürger und Bürgerinnen zusammen, ist gelebte Integration und ein Eckpfeiler der Jugendarbeit in den Vereinen. Deshalb wollen wir insbesondere den Karnevalsumzug in Dörnigheim aufrechterhalten.
- Wir setzen uns weiterhin für Public-Viewing-Veranstaltungen im Maintalbad zu besonderen Anlässen ein.

## 10. Sozialpolitik vor Ort stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Moderne Sozialpolitik bedeutet für uns, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass sich jeder Mensch in unserem Land frei entfalten, Hindernisse überwinden und nach seinen Vorstellungen glücklich werden kann. Wir wollen Chancen für Jede und Jeden, unabhängig von der sozialen Herkunft. Jeder soll seinen Weg gehen und Grenzen überwinden können. Deshalb stehen wir in unserer Gesellschaft jenen zur Seite, die in Not geraten sind.

Wir sehen die Stadt in der Pflicht gemeinsam mit dem Main-Kinzig-Kreis, durch eine engagierte Sozialpolitik den ihr anvertrauten Menschen ein würdevolles Leben und eine aktive Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Dies erfordert eine Konzentration auf das Wesentliche, um helfen zu können, wo die Betroffenen dazu selbst nicht in der Lage sind.

Auch im Bereich der Erfüllung sozialer Aufgaben wollen wir das Ehrenamt stärken statt privater Initiative Steine in den Weg zu legen. Deshalb unterstützen wir Freien Demokraten besonders Nachbarschaftshilfen, Betreuungsvereine, soziale Netze, Eigeninitiativen, Selbsthilfegruppen und ähnliche Organisationen, allem Voran die Bürgerhilfe. Nur mit starkem ehrenamtlichem Engagement wird es uns gelingen, die gewaltigen Zukunftsaufgaben zu schultern.

Die Ziele der FDP Maintal für die kommende Wahlperiode:

- Die bestehende Aufgabenteilung beim Sozialamt zwischen der Stadt und dem Kreis hat sich bewährt. Diese soll unverändert fortgeführt werden.
- Das Kommunale Center für Arbeit (KCA) in Maintal hat eine wichtige Funktion, um Menschen aus der Stadt wieder in Arbeit zu bringen. Daher soll das Center seine Funktion weiterhin wahrnehmen.
- Die ambulante medizinische Versorgung durch niedergelassene Freiberufler ist nach wie vor die effizienteste, kostengünstigste, aber auch persönlichste und menschliche Form der ärztlichen Versorgung. Daher wollen wir es ermöglichen, dass in allen Stadtteilen Maintals niedergelassene Ärzte praktizieren. Ebenso soll die Facharztversorgung, insbesondere bei den Kinderärzten, gesichert werden.
- Auch die Versorgung mit Apotheken ist Bestandteil der Grundversorgung. Deshalb soll in jedem Stadtteil mindestens eine Apotheke ihren Betrieb aufrechterhalten können.

## 11. Leben im Alter selbstbestimmt und würdevoll ermöglichen

Durch den demographischen Wandel wird die Anzahl älterer und teilweise hilfsbedürftiger Mitbürger und Mitbürgerinnen auch in Maintal erheblich ansteigen. Nur durch ein Zusammenwirken professioneller Dienste und Dienstleister mit einer zunehmenden Anzahl ehrenamtlicher Helfer wird diese soziale Aufgabe in unserer Stadt in der Zukunft lösbar sein.

Vorrang muss ein selbstbestimmtes Leben im Alter haben. Wichtig ist es deshalb, die Mobilität im Alter zu gewährleisten, denn sie ist ein Stück individueller Lebensqualität und persönlicher Freiheit. Die Nachfrage nach altersgerechten Wohnungen

nimmt zu. Deshalb müssen Barrieren reduziert oder vollständig abgebaut werden, um selbstbestimmtes Wohnen bis ins hohe Alter realisieren zu können. Technologische Hilfestellungen, beispielsweise durch Einrichtungen zur Überwachung des Wohnraumes sollen genutzt werden können, um Sicherheit zu bieten.

Auch im Bereich der Pflege möchten wir das Prinzip ambulant vor stationär verstetigen und eine Pflege in den eigenen vier Wänden so lange wie möglich sicherstellen. Hier leisten der Mobile soziale Hilfsdienst (MSHD) und die privaten Pflegedienste einen unschätzbaren Beitrag. Wenn eine Pflege zu Hause nicht mehr gewünscht wird oder sinnvoll ist, können die privaten alternativen Wohnformen eine Möglichkeit darstellen, um den Umzug ins Pflegeheim zu umgehen. Daher möchten wir die alternativen Wohnformen unterstützen und fördern.

Mit dem Prinzip ambulant vor stationär geht auch die Notwendigkeit einher, die ambulanten Palliativdienste zu verstärken, damit dem Wunsch vieler Menschen Rechnung getragen werden kann, gut betreut und versorgt, ohne Schmerzen zu Hause sterben zu können. Deshalb wollen wir die Versorgung mit spezialisierten ambulanten Palliativdiensten (SAPV) in vernetzten Teams aus Ärzteschaft, Pflegekräften, Psychologinnen und Psychologen, Physiotherapeutinnen und Physiotherapeuten, Seelsorgenden, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern und ehrenamtlich Helfenden stärken, um den Sterbenden und ihren Angehörigen den Abschied vom Leben zu erleichtern.

#### Die Ziele der FDP Maintal für die kommende Wahlperiode:

- Wir wollen neue Wohnformen im Alter unterstützen und fördern. Ob es sich um private Wohngruppen, Patchwork-Wohnformen oder Verantwortungsgemeinschaften handelt, um das Modell des Mehrgenerationenwohnens oder um genossenschaftlich organisierte Wohnformen, alles, was dazu dient, der älteren Generation so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben zu erhalten, möchten wir unterstützen.
- Baugenehmigungen zur Nachrüstung von mehrgeschossigen Häusern mit Aufzuganlagen sollen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten vereinfacht erteilt und bei Vorhandensein entsprechender Fördermittel von Bund und Land gefördert werden.
- Wir wollen den MSHD als Eckpfeiler der Pflege in Maintal sichern und seine Leistung ausbauen. Dabei spielt auch die Kurzzeitpflege eine wichtige Rolle.
- Prophylaktische, rehabilitative und teilstationäre Angebote sind in Zusammenarbeit mit den Betreibern von Alten- und Pflegezentren in Maintal zu fördern und auszubauen.
- Hinsichtlich künftiger Pflege- und Betreuungseinrichtungen sind verstärkt die Angebote privater Träger einzuholen.
- Auch bei der Gestaltung von neuen Wohnungen, städtischen Einrichtungen, öffentlichen Gebäuden und Verkehrswegen ist darauf zu achten, dass diese auch den Anforderungen der älter werdenden Menschen gerecht werden.
- Wir unterstützen die Arbeit des Runden Tisches „Palliativ- und Hospizversorgung in Maintal“ und wollen ihn mit städtischen Mitteln zur Kommunikationsarbeit ausstatten.

## 12. Sicherheit und Ordnung als Basis für ein freies Leben stärken

Freiheit, verstanden als Freiheit jedes Einzelnen, in Verbindung mit der unveräußerlichen Würde jedes Einzelnen ist der zentrale Begriff unserer offenen, freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Es ist eine „Kultur, um der Freiheit Willen“ welche die Grundlage unseres Zusammenlebens darstellt. Die Herausforderungen, denen unsere Freiheitskultur ausgesetzt ist, sind groß wie selten zuvor: Nicht nur der internationale Terrorismus, sondern auch die Ewiggestrigen an den politischen Rändern bedrohen unsere offene, freiheitliche Gesellschaft.

Wir wollen weg von der „Unkultur des Wegsehens“ und eine „Kultur des Hinsehens und des Bemerkens“, eine Kultur der „mitmenschlichen Zuwendung“ bewirken. Viel zu lange hat es unsere Gesellschaft geduldet, dass Minderheiten missachtet wurden und sich links- und rechtsradikale sowie religiös motivierte Gewalt etablieren konnte.

Eine liberale Bürgergesellschaft braucht Freiheit zur Entfaltung, ebenso aber auch konsequenten Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Für uns Freie Demokraten geht es dabei immer darum, die ausgewogene Balance zwischen Sicherheitsmaßnahmen, Prävention, effektiver Strafverfolgung und der Gewährleistung von Freiheitsrechten zu ermöglichen.

Wir setzen uns für eine enge Zusammenarbeit von Ordnungsbehörde und Polizei in Maintal ein. Öffentliche Sicherheit lebt vom Hinsehen der Bürger und Bürgerinnen. Zum Wohlbefinden der Bürgerinnen und Bürger Maintals zählt ein subjektives Sicherheitsempfinden jedes einzelnen. Außerdem fordern wir, die soziale Entwicklung in den Stadtteilen genau im Blick zu behalten und durch geeignete Maßnahmen einer möglichen Brennpunktbildung entgegen zu wirken.

### Die Ziele der FDP Maintal für die kommende Wahlperiode:

- Durch die weitestgehend ehrenamtliche Struktur im Brand- und Katastrophenschutz in Maintal übernehmen die Bürger und Bürgerinnen in wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens große Verantwortung und Aufgaben, die als Gefahrenabwehr originär in die Zuständigkeit des Staates fallen. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass hierfür wenigstens die Rahmenbedingungen so gestaltet werden, dass sie die Grundlage für einen möglichst gefahrlosen Einsatz darstellen. Dazu gehört auch der kontinuierliche Austausch der Einsatzgeräte gemäß dem Feuerwehrbedarfsplan.
- Bei den Feuerwachen wollen wir prüfen, welche Instandhaltungsmaßnahmen in den kommenden Jahren umzusetzen sind. Der Neubau von Feuerwachen ist für uns nur die Ultima Ratio.
- Eine Kameraüberwachung im öffentlichen Raum lehnen wir kategorisch ab, da sie zum einen wesentlich in die Grundrechte des Einzelnen eingreift und zum anderen für die Stadt Maintal zu teuer wäre. Für ihren Einsatz durch Grundstückseigentümer in öffentlich zugänglichen Flächen bedarf es in jedem Einzelfall einer umfassenden Abwägung der Zweck- und Verhältnismäßigkeit nach nachvollziehbaren Kriterien.
- Den Einsatz von Bürgerwehren in Maintal lehnen wir entschieden ab. Private Sicherheitsdienste im öffentlichen Raum (mit Ausnahme von Veranstaltungen) dürfen nur von der Stadt beauftragt werden.

- Die Überwachung des fließenden und ruhenden Verkehrs ist eine staatliche Aufgabe, die nicht an Private übertragen werden darf. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Stadt keine diesbezüglichen Aufträge mehr erteilt.
- Wir werben für einen verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol. Wir sprechen uns allerdings für Alkoholverbote an Orten aus, an denen durch regelmäßige Trinkgelage das öffentliche Sicherheitsempfinden gestört wird.
- Wir wollen die Friedhofssatzung an aktuelle Gegebenheiten anpassen.
- Sobald das Landesgesetz dies zulässt, setzen wir uns dafür ein, dass Ausnahmen vom Friedhofszwang für die Urnen nach einer Feuerbestattung zugelassen werden.
- Weiterhin sollen sarglose Bestattungen für alle, die dies wünschen, diskriminierungsfrei in einem dafür vorgesehenen Gräberfeld auf einem der Maintaler Friedhöfen ermöglicht werden, ohne dass einzelne Religionen Alleinnutzungsrechte für dieses Feld beanspruchen können.
- Die Streuobstwiesen sind verstärkt durch geeignete Kräfte (z.B. Feldschütze) auf Obstdiebe zu kontrollieren.

### 13. Städtische Infrastruktur mit Augenmaß entwickeln

Zeitgemäße Infrastruktur umfasst unter anderem sichere, saubere und bezahlbare Energieversorgung, eine gute medizinische Grundversorgung, eine Trinkwasserversorgung in kommunaler Hand, einen effizienten öffentlichen Personennahverkehr und schnelles Internet durch Breitbandnetze. Zur Erhaltung und den weiteren zukunftsfähigen Ausbau der städtischen Infrastruktur sind in konzentrierter Form die öffentlichen Finanzmittel einzusetzen. Dazu gehört die Beseitigung von Straßenschäden genauso wie die Instandhaltung der kommunalen Einrichtungen wie dem Maintalbad und den Bürgerhäusern.

Einen Neubau am Rathaus durch die Stadt sehen wir nach wie vor nicht als erforderlich an, weil eine finanziell deutlich günstigere Instandsetzung und Renovierung der vorhandenen Räumlichkeiten, die ohne weiteres den Anforderungen einer modernen Verwaltung genügt, möglich ist. Mit dem ehemaligen Polizeigebäude in der Kirchgasse verfügt die Stadt über weitere Raumreserven für die städtische Verwaltung. Die Möglichkeiten des Homeoffice und des Desksharing sind in der Verwaltung stärker zu nutzen.

Mit dem Bau der Nordmainschen S-Bahn wollen wir auch das Umfeld der geplanten Haltestellen neu entwickeln und hier angemessene Eintrittspunkte in unsere Stadt schaffen. Dazu gehört die Errichtung eines Dienstleistungszentrums am Bahnhof Maintal-Ost, in dem städtische Einrichtungen mit hohem Besuchsaufkommen, wie der zentrale Stadtladen, die Stadtbücherei und Sitzungsräume, untergebracht werden können. Die zeitliche Realisierung muss aber auf die Möglichkeiten des städtischen Haushaltes hin abgestimmt werden.

Die Stadt muss sich bereits jetzt auf eine Zunahme von extremen Wetterereignissen sowie Phänomene wie Starkregen oder Trockenperioden in kürzeren Abständen einstellen. Bei der Entwässerungsplanung für Neubaugebiete oder bei der Sanierung bestehender Anlagen sind steigende Niederschlagsmengen frühzeitig zu berücksichtigen. Grünflächen im Stadtgebiet sind so auszugestalten, dass sie als zusätzliches Auffangreservoir bei Starkregen dienen.

Gleichzeitig muss die Trinkwasserversorgung auf lange Trockenperioden vorbereitet sein. Hierbei können auch die Vernetzung und Zusammenarbeit lokaler Versorger hilfreich sein. Die innerstädtische Bepflanzung sollte mittelfristig auf hitze- und trockenheitsresistente Pflanzenarten mit einem geringeren Wasserverbrauch umgestellt werden.

#### Die Ziele der FDP Maintal für die kommende Wahlperiode:

- Wir wollen in den bestehenden und in den geplanten neuen Wohngebieten ausreichende Betreuungsplätze in der frühkindlichen Bildung schaffen. Dazu werden wir auch neue Kindertagesstätten errichten, wo dies erforderlich wird.
- Beim Straßenbau und der Straßensanierung wollen wir darauf achten, dass auch alle Ver- und Entsorgungsleitungen mit hergestellt werden. Dies soll Mehrfachbaustellen vermeiden. Wo immer möglich, sollen gleichzeitig Glasfaserkabel und Gasleitungen mit verbaut werden.
- Die Bürgerhäuser sind als wichtiger Bestandteil des sportlichen- und kulturellen Lebens in Maintal zu erhalten. Wir wollen, dass das Bürgerhaus in Bischofsheim in seiner jetzigen Form erhalten bleibt und saniert und modernisiert wird. Einen Neubau, der mit zahlreichen Nachteilen für die Vereine und den städtischen Haushalt verbunden ist, lehnen wir kategorisch ab.
- Wir werden den Neubau des städtischen Schwimmbades einer kritischen Überprüfung unterziehen, das nach unserer Sicht aber Vorrang vor anderen derzeit diskutierten Projekten haben soll.
- Um die Sanierung der städtischen Infrastruktur zu beschleunigen, setzen wir uns für ein modernes Vergabewesen ein. Zudem ist die Stadt in der Pflicht, durch ein aktives Baustellenmanagement beim Straßenbau zusätzliche Staus zu vermeiden.
- Der Bedarf der Bürger und Bürgerinnen an mobilen Netzverbindungen steigt ständig. Die Freien Demokraten wollen den freien Internetzugang, via WLAN in öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln, weiter ausbauen.

## **14. Die städtischen Strukturen auf künftige Anforderungen ausrichten**

Die Stadtverwaltung ist in erster Linie eine Dienstleistungszentrale für die Bürger und Bürgerinnen der Stadt. Sie muss sich auf die sich wandelnden Ansprüche der Gesellschaft einstellen und in besonderem Maße Vorreiter bei der Digitalisierung der Arbeitsprozesse sein. Neben dem gewöhnlichen Zugang über den Service vor Ort sollen auch die digitalen Wege zur Stadtverwaltung gestärkt werden. Bei vielen Tätigkeiten in der Verwaltung ist eine permanente Präsenzpflcht in den Räumen der Stadt nicht erforderlich. Instrumente wie das Homeoffice und Desksharing tragen dazu bei, den Raumbedarf zu reduzieren. Die Freien Demokraten fordern daher die möglichst umfassende Digitalisierung aller Prozesse der Stadtverwaltung sowohl im Backoffice wie auch im Frontoffice.

Neben dem Angebot digitaler Prozesse über die Webpräsenz der Stadt soll auch eine Bürger-App entwickelt werden, in der die digitalen Dienstleistungen angeboten werden. Die App soll zudem in die weiteren städtischen Angebote wie den Stadtverkehr oder kulturelle Angebote integriert werden.

Mit den Städtischen Beteiligungen von den Maintalwerken bis zum Betriebshof verfügt die Stadt über ein ausgefeiltes Instrumentarium, um städtische Leistungen zu erbringen. Wir wollen den „Konzern Stadt“ zu einer effizienten und schlagkräftigen städtischen Gesellschaft entwickeln, die wichtige Bestandteile der Daseinsfürsorge zu fairen Preisen für die Bürger und Bürgerinnen erbringt.

Die Ziele der FDP Maintal für die kommende Wahlperiode:

- Neben Transparenz muss auch der Zugang zur Stadtverwaltung einfacher werden. Wir wollen daher den Stadtladen zur Dienstleistungszentrale ausbauen. Hierin sollen die allermeisten Leistungen mit Publikumsverkehr zusammengefasst werden. Der Stadtladen muss personell so ausgestattet sein, dass Wartezeiten möglichst reduziert werden und kundenfreundliche Öffnungszeiten möglich sind.
- Wir halten perspektivisch an einem zentralen Stadtladen fest, der in das noch zu errichtende Dienstleistungszentrum verlegt werden soll. Ebenso sollen dort die städtischen Büchereien gebündelt werden.
- Wir halten an unserer Ablehnung eines zentralen Rathauses in Hochstadt fest. Wir wollen die vorhandenen städtischen Gebäude für die Verwaltung nutzen und den benötigten Büroraum durch die Nutzung von digitalen Arbeitsmethoden, insbesondere durch Homeoffice, senken.
- Die Stadt soll der Privatwirtschaft keine Konkurrenz machen. Wir fordern eine Konzentration kommunalen Handelns auf Pflichtaufgaben. Dies sind neben den gesetzlich zugewiesenen im Rahmen der Gemeindeordnung, der Hessischen Verfassung und des Grundgesetzes auch die Aufgaben der Daseinsvorsorge. Deshalb sprechen wir uns gegen eine weitere Ausweitung der städtischen Leistungen aus. Dies schließt nicht aus, dass die Stadt Private und Vereine bei ihrer Tätigkeit fördert und unterstützt.
- Wir setzen uns dafür ein, in Maintal Wasserversorgung und Gasnetz in kommunaler Hand bei der MWG zu behalten.
- Ebenso streben wir die Übernahme des kommunalen Stromnetzes durch die MWG an.
- Die neu gegründete MIG wollen wir primär dazu nutzen, städtische Flächen als Bauland für Wohnen und Gewerbe zu entwickeln und zu vermarkten sowie den Wohnungsbau besonders im preiswerten Segment voran zu treiben.
- Sukzessive sollen weitere städtische Immobilien in die städtischen Gesellschaften überführt und von diesen bewirtschaftet werden.
- Bei der Abfallentsorgung sprechen wir uns für eine marktwirtschaftliche Lösung aus, die dem bestehenden Anbieter die Chance eröffnet, auch künftig für die Stadt tätig zu sein.
- Der Stadtverkehr Maintal ist der Garant für einen bedarfsorientierten ÖPNV in der Stadt. Diese Rolle soll er beibehalten und keine Konzessionen außerhalb der Stadt übernehmen. Die Busflotte der SVM soll modernisiert werden. Im Rahmen der Modernisierung befürworten wir eine technologieoffene Prüfung aller möglichen Antriebsformen, orientiert an den Bedürfnissen des Maintaler Stadtverkehrs.
- Die Maintalbeteiligungsgesellschaft MBG als städtische Holding hat die Aufgabe, die verschiedenen städtischen Gesellschaften zu koordinieren und den finanziellen Ausgleich zu gewährleisten. Deshalb kommt es darauf an, dass die einzelnen Gesellschaften sicherstellen, dass das Gesamtkonstrukt der Holding nicht in Schieflage kommt.

- Wir setzen uns zudem dafür ein, dass die städtischen Gesellschaften nicht durch Beschlüsse der städtischen Gremien finanziell überfordert werden. Hierzu ist eine kontinuierliche Rückkopplung zwischen den Gremien und den Gesellschaften auch jenseits der Aufsichtsräte erforderlich.
- Die Tätigkeit des Betriebshofs wollen wir durch die Verbesserung der Arbeitsabläufe, eine aufgabenorientierte Personalpolitik und eine moderne Geräteausstattung optimieren und eine weitere Privatisierung der Aufgaben des Betriebshofs anstreben. Die Aufgaben des Betriebshofs sind so auszusteuern, dass keine Verlustübernahme durch den städtischen Haushalt erforderlich ist.

## 15. Die Bürger in die Entscheidungsfindung einbeziehen

Die Einwohner unserer Stadt sind nicht nur Steuerzahler und Kunden der Gemeinde. Die Bürger und Bürgerinnen sind die Kommune. Wir Liberale wollen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip, dass im staatlichen Aufbau so viele Entscheidungen wie möglich durch die Bürgerinnen und Bürger vor Ort getroffen werden können. Bürgerbeteiligung erfordert aber, dass zwischen allen Beteiligten die jeweiligen Verantwortlichkeiten klar kommuniziert und gelebt werden. Dies betrifft einerseits den Föderalismus (Kommune, Kreis, Land und darüber hinaus bis zur EU). Hier wenden wir uns gegen Symbolpolitik mit Bundes- oder gar europapolitischem Inhalt in der Kommunalpolitik. Andererseits betrifft dies auch die haupt- und ehrenamtlichen Verantwortlichkeiten aller Beteiligten in den politischen Strukturen der Stadt. Dies erfordert eine klare Kommunikation mit den Bürgern und Bürgerinnen.

Jede Gesellschaft profitiert auf viele Weisen von dem ehrenamtlichen Engagement ihrer Bürger und Bürgerinnen. Nicht jede Aufgabe kann oder sollte vom Staat übernommen werden, sondern von engagierten Bürgern und Bürgerinnen, die zum Wohl ihres Umfelds beitragen wollen. Mit dem Arbeitskreis Asyl und der Bürgerhilfe haben wir in Maintal zwei Vorzeigeeinitiativen, die dieses Engagement der Maintaler dokumentieren. Die Stadt muss die Rahmenbedingungen schaffen, damit ehrenamtliches Engagement unterstützt und gefördert wird.

Die Vernetzung der einzelnen ehrenamtlichen Initiativen sollte durch die Stadt gefördert werden. Wer sich engagieren will, soll einen Überblick haben, wo dies möglich ist. Schließlich ist auch eine gesellschaftliche Anerkennung des Ehrenamts notwendig, wozu neben den Ehrenamtspreisen, wodurch die treue Arbeit, die meist im Hintergrund geschieht, öffentlich gewürdigt wird, auch monetäre Vorteile zählen.

### Die Ziele der FDP Maintal für die kommende Wahlperiode:

- Wir wollen den Weg der Bürgerbeteiligung in Maintal evaluieren und fortsetzen. Dabei gilt es, die existierenden Prozesse wie den Stadtleitbildprozess kritisch zu hinterfragen und neu auszurichten. Bürgerbeteiligung darf sich nicht auf die Beteiligung einiger weniger beschränken.
- Wir streben an, dass die von den Bürgern und Bürgerinnen initiierten Projekte im Rahmen von „Maintal Aktiv“ weiterhin von der Stadtverwaltung begleitet werden.
- Wir wollen die Kommunikationsplattformen zwischen Stadt einerseits und Bürgern und Bürgerinnen andererseits weiter ausgestalten und die Vorteile moderner Medien nutzen. Dies gilt auch für eine transparente Darstellung

- von städtischen Entscheidungsprozessen, insbesondere bei den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung.
- Wir wollen das Erfolgsmodell des Stadtparlamentsfernsehens fortsetzen.
  - Demokratische Repräsentation lebt von einer breiten Vertretung der Bürger und Bürgerinnen in der Stadtverordnetenversammlung. Deshalb sprechen wir uns dagegen aus, die Größe der Stadtverordnetenversammlung zu reduzieren.
  - Der Ausländerbeirat nimmt eine wichtige Rolle bei der Wahrnehmung der Interessen der Bürger und Bürgerinnen mit Migrationshintergrund wahr. Wir stehen für die Beibehaltung eines Ausländerbeirates in Maintal.
  - In Maintal gibt es jenseits der gesetzlich vorgeschriebenen Gremien eine Vielzahl weiterer Beiräte und Arbeitskreise. Wir wollen hier eine kritische Bestandsaufnahme durchführen und wo immer sinnvoll die Beiräte und Arbeitskreise zusammenfassen. Bürgerengagement darf nicht durch ein Überangebot an Institutionen erdrückt werden.

## 16. Maintals Rolle in der Region stärken

Maintal wird angesichts des sich abzeichnenden Ausscheidens Hanau aus dem Main-Kinzig-Kreis in Zukunft die größte Stadt im Kreis sein. Damit kommen der Stadt eine besondere Bedeutung und ein besonderes Gewicht zu. Diese Bedeutung muss die Stadt auch wahrnehmen. Maintal liegt im Westen des Kreises und damit nicht im Zentrum des Fokus der Kreisstadt und der sie umgebenden eher ländlichen Gemeinden des Kreises. Umso wichtiger ist es, die Anforderungen des Westkreises in seiner Lage zwischen der Metropolstadt Frankfurt und dem Oberzentrum Hanau deutlich zu artikulieren.

Im Landesentwicklungsplan weist das Land der Stadt Maintal die Rolle eines Mittelzentrums im Ballungsraum zu. Das Land erwartet von Maintal, dass im Wege der interkommunalen Zusammenarbeit Leistungen für die umliegenden Gemeinden gemeinschaftlich erbracht werden. Der Stadt wird auch die Rolle einer Baulandreserve für den zunehmenden Siedlungsdruck der Stadt Frankfurt zugewiesen. Damit drohen die Entscheidungsfreiheiten der Stadt durch übergeordnete Vorgaben empfindlich eingeschränkt zu werden. Auch ist die Rolle als Mittelzentrum mit relevanten finanziellen Leistungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs verbunden.

Deshalb haben wir uns schon frühzeitig dafür eingesetzt, die künftigen Beziehungen der Stadt mit Hanau und dem Kreis neu zu regeln. Wir brauchen ein langfristiges Entwicklungskonzept für den Gesamtkreis ohne Hanau, welches auf die unterschiedlichen Gegebenheiten in den einzelnen Kreisteilen eingeht. Dabei sind die Herausforderungen Maintals als Stadt im Übergangsbereich zwischen Ballungsraum und ländlichen Gebieten besonders zu beachten.

Wir unterstützen die Erstellung eines neuen gesamthaften Entwicklungsplans für den Kreis. Bei allen Entwicklungen in der Region ist es die Aufgabe der Maintaler Gremien, darauf zu achten, dass die Interessen der Bürger und Bürgerinnen gewahrt werden und es zu einem fairen Interessenausgleich zwischen den Gemeinden sowie mit dem Kreis kommt.

Die Ziele der FDP Maintal für die kommende Wahlperiode:

- Wir wollen die Rolle Maintals als Mittelzentrum mit Leben füllen und für die angrenzenden Gemeinden wichtige Aufgaben wahrnehmen. Wir wollen den Status langfristig sichern.
- Wir wollen die interkommunale Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden im Westkreis weiter ausbauen. Das gilt besonders für die Zusammenarbeit mit der künftig kreisfreien Stadt Hanau.
- Besonders bei der Abfallbeseitigung und im Zweckverband Bio-Abfall wollen wir die Potentiale einer Erweiterung um die Stadt Hanau nutzen.
- Wir wollen den Schulstandort Maintal stärken, insbesondere mit Blick auf das Albert-Einstein-Gymnasium. Deshalb wollen wir mit den Schulträgern des Kreises und der Stadt Hanau an einer langfristigen Entwicklungsstrategie für die Standorte der weiterführenden Schulen arbeiten.
- Wir wollen erreichen, dass die Maintaler Bürger und Bürgerinnen weiterhin Kreisangelegenheiten wie die KFZ-Zulassung weiterhin in Hanau oder direkt digital erledigen können. Die Einrichtung neuer Verwaltungsstellen des Kreises in Maintal erachten wir nicht als zielführend.